



Suchergebnisse: Einberufung

März 1407 – Der Ruf nach der Einberufung eines allgemeinen Konzils wird immer lauter

Savona * Das Schisma wird von Anfang an als Skandal empfunden, weshalb man erhebliche Anstrengungen unternimmt, die Kircheneinheit wieder herzustellen. Deshalb wird der Ruf nach der Einberufung eines allgemeinen Konzils immer lauter. In Savona kommt es zu Verhandlungen zwischen den beiden Machtblöcken.

1413 – König Sigismund will das dreifache Schisma beenden

Lodi * Der neue deutsche König Sigismund will das dreifache Schisma ein für alle Mal beenden. Neben religiösen Aspekten verbindet er damit die Hoffnung auf die Kaiserkrone. Sigismund trifft sich mit Papst Johannes XXIII. in Lodi und zwingt diesen zur Einberufung des Konzils von Konstanz.

1. August 1914 – Verdun statt Wyoming

München * Die Gründer des „Loos-Verein Wild West“ beschäftigen sich mit der Geschichte der Ureinwohner und Siedler Amerikas, um die Wartezeit zu überbrücken, bis das Glück den erhofften Geldsegen bringen würde. Doch dann beginnt der Erste Weltkrieg und das bedeutet für die drei wehrdiensttauglichen jungen Männer die Einberufung zum Militär und den Marschbefehl in Richtung Frankreich. Nun hieß es Verdun statt Wyoming!

1. August 1914 – Ein radikal eingeschränkter Kriegsfahrplan

Berlin * Nachdem Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 um 17 Uhr für den nächsten Tag die Mobilmachung ausgerufen hat, bedeutet das den Beginn des Ersten Weltkriegs. Die Folge sind Masseneinberufungen, die natürlich auch das männliche Personal der Städtischen Straßenbahnen betreffen. Dadurch ist ein planmäßiger Fahrbetrieb nicht mehr aufrecht zu erhalten. Ein radikal eingeschränkter Kriegsfahrplan ist das Ergebnis und zugleich der erste spürbare Einschnitt für die Zivilbevölkerung.



3. August 1914 – Die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gewährleistet

München * Die außerordentliche Versammlung der Münchner Bäckerinnung stellt fest, dass - trotz der Einberufung zahlreicher Bäckermeister und Gehilfen - die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gewährleistet ist. Daneben sehen sich die verbliebenen Bäcker in der Lage, zusätzlich 20.000 Leibe Brot fürs Militär zu backen. Freilich können verschiedene Bäckereibetriebe nur mehr die gangbarste Brotsorte herstellen. Die Versorgung Münchens mit Mehl ist für die nächsten vier Wochen gesichert; danach kommt ohnehin das Getreide der gerade anstehenden Ernte zur Vermahlung. Und weil das Militär die sechs Pferde eingezogen hat, die bisher für den Hefe-Transport benutzt wurden, kann die Hefe nicht mehr an jeden Bäcker geliefert werden.

September 1914 – Die Gründer des Loos-Vereins Wild West müssen an die Front

München * Der Erste Weltkrieg bedeutet für die drei etwa 20-jährigen und wehrdiensttauglichen jungen Gründer des Loos-Vereins Wild West die Einberufung zum Militär und den Marschbefehl in Richtung Frankreich. Nun heißt es „Verdun statt Wyoming!“

1915 – Kriegsdienst unterbricht die Zusammenarbeit mit Karl Valentin

München-Angerviertel * Ludwig „Wiggerl“ Greiner wird zum Kriegsdienst einberufen. Mit seiner Einberufung endet die enge künstlerische Zusammenarbeit mit Karl Valentin zunächst. Erst nach dem Krieg stehen beide wieder gemeinsam auf der Bühne.

18. Mai 1917 – In den USA beginnt die Wehrerfassung

USA * In den USA beginnt die Wehrerfassung aller Männer zwischen 21 und 30 Jahren. Drei Millionen Männer werden einberufen.

22. Februar 1918 – Das Kriegsministerium kategorisiert die Streikleitungen

München * Das bayerische Kriegsministerium unterscheidet in seiner Analyse die Streikleitungen in „Führer, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch mit dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins



Land hereinbringen. „Den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie. [...] Sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationsstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel. „Der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.“ Und weiter schlägt das Kriegsministerium vor: „Führer der unter 1) bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines richterlichen Haftbefehls – Wehrpflichtige durch Einberufung, Versetzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Aufenthaltsverbot auf Grund Art. 42 des Kriegszustandsgesetzes.“

15. November 1918 – Räte als Grundlage der neuen Demokratie

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner sieht in den Räten die Grundlage für sein Konzept einer neuen Demokratie. In seiner Regierungserklärung erklärt er, dass die Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der öffentlichen Einrichtung noch vor der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung erreicht werden soll. Kurt Eisner will die Demokratisierung über eine Art Nebenparlament herbei führen, mit dem er auch bürgerliche Kreise zur Mitwirkung am Aufbau des neuen Staates gewinnen wollte. Dieses Nebenparlament sollte ihre Interessen sowohl gegenüber dem provisorischen Zentralparlament als auch gegenüber der Regierung einbringen können. „Ich habe vom ersten Tag der Revolution an in dem System der Räte die große Schule der Demokratie und des Sozialismus gesehen und glaube nicht, dass wir in Deutschland weiterkommen können, wenn wir nicht dieses System der Räte entwickeln [...] und dadurch das Volk mündig machen zur Entscheidung über sein Schicksal. Nicht die Politik des Wahlzettels tut es allein. [...] Das hindert nicht, dass auch die Politik des Wahlzettels notwendig ist, aber das Rätssystem [...] soll den Wähler lesen, denken und entscheiden lehren, nicht in acht Tagen vor der Wahl, sondern tagaus, tagein.“

22. November 1918 – Der Rat der Volksbeauftragten setzt seinen Machtanspruch durch

Berlin * Der von Mitgliedern des Rats der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats gebildete Ausschuss zur Erarbeitung der Kompetenzabgrenzung zwischen den beiden Gremien legt sein Ergebnis vor. Der Rat der Volksbeauftragten setzt seinen Machtanspruch weitgehend durch. Man vereinbart die Einberufung einer Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte.



25. November 1918 – Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten-Konferenz

Berlin * Die Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin, auch Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten genannt, stimmt letztlich nur der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung, der Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und der schnellen Herbeiführung eines Präliminarfriedens [= Vorfrieden oder vorläufiger Frieden] mit großer Mehrheit zu. Bis die konstituierende Nationalversammlung zusammen tritt, werden die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens angesehen.

4. Dezember 1918 – Demonstration für die Einberufung der Bayerischen Nationalversammlung

München-Kreuzviertel * 500 Pioniere in Begleitung ihrer Offiziere demonstrieren vor dem Sitz des Ministerpräsidenten im Montgelas-Palais für die Einberufung der Bayerischen Nationalversammlung. Ministerpräsident Kurt Eisner, Innenminister Erhard Auer und Militärminister Albert Roßhaupter sprechen mit den Versammelten und sichern ihnen die baldige Bekanntgabe des Einberufungstermins der Nationalversammlung zu.

6. Dezember 1918 – Versammlungen und Demonstrationen der Berliner Spartakusgruppe

Berlin * Die Spartakusgruppe hat für den 6. Dezember drei Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen beim Polizeipräsidium angemeldet. Die Protestveranstaltungen werden mit der Auflage genehmigt, dass keine Waffen mitgeführt werden. Die drei Versammlungen finden am späten Nachmittag in den Germania-, Sophien- und Andreas-Sälen statt. Die Redner üben harsche Kritik an der Regierung und protestieren gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Während der Versammlungen verbreitet sich die Nachricht von der mutmaßlichen Verhaftung des Vollzugsrats und von Friedrich Eberts Ausrufung zum Präsidenten. Entsprechend erregt beginnen gegen 16:30 Uhr die Demonstrationen.

8. Dezember 1918 – Ultimative Forderungen von Hindenburg

Kassel - Berlin * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der Chef der Obersten Heeresleitung - OHL, fordert in einem Brief an den Reichskanzler Friedrich Ebert ultimativ die Stärkung der Macht der Reichsleitung, die sofortige Einberufung der Nationalversammlung noch im Dezember, die Beseitigung der Soldatenräte, die Ausschaltung der Arbeiterräte sowie aller Revolutionsorgane mit Ausnahme der Reichsleitung. Das Vorgesetztenverhältnis und alle damit



zusammenhängenden Bestimmungen sind „restlos“ wiederherzustellen und die Soldatenräte aus der Truppe zu entfernen.

19. Dezember 1918 – Der Spartakusbund München versammelt sich im Wagnersaal

München-Ludwigsvorstadt * Der Spartakusbund München hält im Wagnersaal eine Versammlung ab. Max Levien tritt für den Bolschewismus nach russischem Vorbild ein. Kurt Eisner warnt vor dem „Spiel mit dem Feuer“ und verteidigt die Einberufung der Nationalversammlung. Seine Rede wird ständig durch Zwischenrufe gestört.

23. Februar 1919 – Die sofortige Einberufung des Rätekongresses

München * Die Neue Zeitung teilt mit, dass der Zentralrat die sofortige Einberufung des Rätekongresses beschlossen hat.

1. März 1919 – Eine von Martin Segitz (SPD) geführte Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Nachdem am Tag zuvor beschlossen worden ist, dass die Einberufung des Landtags auf unbestimmte Zeit verschoben wird, bestimmt der Rätekongress am Nachmittag des 1. März die neuen Minister. Der gemäßigte [!] Mehrheitssozialdemokrat Martin Segitz wird Ministerpräsident und leitet zudem noch das Außen- und Innenministerium, Ernst Niekisch [SPD] ist zuständig für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] für Justiz, Richard Scheid [SPD] für militärische Angelegenheiten, Joseph Simon [USPD] für Handel, Gewerbe und Industrie, Edgar Jaffé [USPD] für Finanzen, Hans Unterleitner [USPD] für soziale Angelegenheiten und Theodor Dirr [BBB] für Land- und Forstwirtschaft. Der parteilose Heinrich von Frauendorfer übernimmt das Verkehrsministerium. Nun müssen nur noch die betroffenen politischen Parteien ihren Mitgliedern die Annahme des Ministeramtes gestatten.

8. März 1919 – Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags

München * SPD, USPD und der Bauernbund legen dem Rätekongress einen gemeinsamen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags vor. Der Rätekongress nimmt den Antrag gegen die Stimmen der extremen Linken an. Dem Antrag voraus geht die Ablehnung, Bayern zur sozialistischen Räterepublik auszurufen. Aus Protest gegen diese Beschlüsse erklären die zwei



Vertreter des Revolutionären Arbeiterrats, Max Levien und August Hagemeister, sowie Fritz Sauber vom Soldatenrat, ihren sofortigen Austritt aus dem Zentralrat.

3. April 1919 – Die Presse polemisiert gegen die Einberufung des Landtags

München - Freistaat Bayern * Gegen die Einberufung des Landtags polemisiert die Presse lautstark: Die Landtagsabgeordneten hätten sich nicht als würdige Volksvertreter erwiesen und seien nach dem 21. Februar feige aus der Hauptstadt geflohen. Daher können die Münchner guten Gewissens auf ihre Rückkehr verzichten. Die Räte, vor allem die Kommunisten und die Anarchisten unter ihnen, fühlen sich durch Hoffmanns Ankündigung provoziert. Sie antworten mit Demonstrationen und Protestveranstaltungen in ganz Bayern.

3. April 1919 – Johannes Hoffmann beruft den Landtag für den 8. April ein

München * Am Abend gibt Ministerpräsident Johannes Hoffmann völlig überraschend bekannt, dass der Landtag - entgegen bestehender Absprachen - am kommenden Dienstag, dem 8. April, wieder eine Sitzung abhalten würde. Die angekündigte Einberufung des Parlaments ist eine politische Machtdemonstration Hoffmanns. Anschließend reist das bayerische Regierungsoberhaupt nach Berlin. Unterstützt wird der SPD-Ministerpräsident von den bürgerlichen Parteien, die im Landtag das einzige Instrument sehen, politisch doch noch in Erscheinung zu treten.

4. April 1919 – Der Zentralrat ist gegen die Einberufung des Landtags

München * Der Zentralrat spricht sich gegen das Vorhaben des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, den Landtag am 8. April erneut einzuberufen, aus, nachdem er es aus der Presse erfahren hatte. Er teilt dies dem Ministerrat mit und droht mit einem Generalstreik, falls der Landtag doch zusammentreten sollte. Die anwesenden Minister lehnen jetzt die Einberufung des Landtags ab, obwohl sie am Vortag keine Bedenken geäußert hatten. Nachdem die Münchner Garnison erklärt, dass sie nicht zum Schutz des Landtags zur Verfügung stehen wird, entscheidet sich der Ministerrat mehrheitlich gegen eine Einberufung des Landtags.



5. April 1919 – Der Ältestenrat verzichtet auf die Landtags-Einberufung

München * Der Ältestenrat des Landtags beschließt - unter Protest - den Verzicht auf Einberufung des Landtags. Begründung: „Um einen offenen Bürgerkrieg zu vermeiden“.

11. April 1919 – Die Regierung ist vollständig nach Bamberg umgezogen

Bamberg * Ministerpräsident Johannes Hoffmann, die Minister und die Landessekretariate der einzelnen Parteien sind inzwischen vollständig nach Bamberg übersiedelt. In den nächsten Tagen soll sich hier auch der Ältesten-Ausschuss zusammenfinden und über die Einberufung des Landtags einen Beschluss fassen.

30. April 1919 – Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte im Hofbräuhaus

München-Graggenau * Um 23 Uhr wird eine Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte ins Hofbräuhaus eingeladen. Die Versammlung distanziert sich von den Geiselmorden. Aus ihrem Kreis wählen die Versammelten gegen Mitternacht jeweils drei Betriebs- und Soldatenräte, die in Dachau wegen der Übergabemodalitäten für München verhandeln sollen. Ernst Toller beantragt die sofortige Einberufung eines Bayerischen Rätekongresses. Der Antrag wird angenommen. Danach vertagt sich die Versammlung.

26. August 1939 – Das männliche Trambahn-Personal wird zur Wehrmacht eingezogen

München * Knapp eine Woche vor dem offiziellen Kriegsbeginn wird das männliche Trambahn-Personal zur Wehrmacht eingezogen. Das führt zu einem deutlich eingeschränkten Fahrbetrieb.

1. September 1939 – Mit dem Kriegsbeginn wiederholen sich die Probleme des Tierparks

München-Giesing * Weitere geplante Objekte für den Tierpark Hellabrunn sind tropische Gewächshäuser, ein Insektarium, ein Tigertal und eine Freianlage für Braunbären und weitere. Durch den Kriegsbeginn müssen sämtliche Bauvorhaben eingestellt werden und kommen nicht



zur Ausführung. Im Tierpark treten die bereits bekannten Probleme wie 25 Jahre zuvor wieder auf. Der erste Schritt ist die Einberufung von 19 Tierpflegern. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu Futterproblemen kommen wird. Außerdem sinkt die Zahl der Besucher nach Kriegsbeginn auf zehn Prozent gegenüber der Friedenszeit.
